

NACHRICHTEN

EINZELHANDEL

Streikwelle droht

Die Gewerkschaft Verdi hat für die kommende Woche eine „Welle von Streiks“ im Einzelhandel Baden-Württembergs angekündigt. Die Gewerkschaft wolle damit gegen die „Blockadehaltung“ der Arbeitgeber in der laufenden Tarifrunde für die 220 000 Einzelhandelsbeschäftigten protestieren, teilte Verdi gestern mit. Bisher hätten die Arbeitgeber noch kein Angebot gemacht, sondern ihrerseits Gegenforderungen wie die Streichung der Spätzuschläge gefordert, sagt ein Verdi-Sprecher. Einen neuen Verhandlungstermin gibt es nicht. Verdi fordert 5,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens 100 Euro monatlich sowie ein tarifliches Mindesteinkommen von 1500 Euro. (dpa)

MILCHBAUERN

Faire Preise gefordert

Die deutschen Milchbauern machen sich für einen „fairen Anteil“ am Anstieg der Milchpreise stark. „Der Erzeugerpreis muss zwischen 40 und 50 Cent pro Liter Milch liegen, deshalb ist unsere Forderung mindestens 40 Cent“, sagte der Vorsitzende des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter, Romuald Schaber. Am heutigen Mittwoch wollen die Milchbauern europaweit auf ihre Situation aufmerksam machen. Der Erzeugerpreis lag nach Angaben des Deutschen Bauernverbands im August bei durchschnittlich 35,7 Cent pro Liter Trinkmilch und war damit um 8 Cent höher als zuvor. (dpa)

FIRMENÜBERNAHMEN

Dreijährige Veto-Frist?

Die Bundesregierung soll nach Plänen der CDU innerhalb einer Frist von drei Jahren unerwünschte Firmenübernahmen durch ausländische Investoren nachträglich stoppen können. Das sieht eine Beschlussvorlage für die Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 22. Oktober vor, die der „Financial Times Deutschland“ vorliegt. Demnach soll die Bundesregierung ein Eingriffsrecht erhalten, wenn sie die „öffentliche Sicherheit“ oder die „strategische Infrastruktur“ des Landes durch eine Übernahme gefährdet sieht. (AFP)

TARIFVERTRÄGE

Zwangruhestand legal

Tarifverträge dürfen einen Zwangruhestand bei Eintritt ins Rentenalter vorsehen. Solche Regelungen sind rechtmäßig, wenn sie dazu beitragen sollen, die Arbeitslosigkeit zu mindern, urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg gestern. Er billigte damit eine entsprechende Regelung in Spanien. Auch in Deutschland sind entsprechende Tarifklauseln durch eine Ausnahmeregelung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz gedeckt. (AFP)

HANDELSKAMMERN

„Ingenieure fehlen“

In der baden-württembergischen Wirtschaft fehlen nach Schätzungen der Industrie- und Handelskammern derzeit rund 20 000 Ingenieure. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Günter Baumann, sagte, der Fachkräftemangel belastet zunehmend das Wachstum der Unternehmen im Südweststaat. Baumann veröffentlichte außerdem eine Umfrage des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelstages (BWIHK), wonach das „Zugpferd der guten Konjunktur“ im Land nach wie vor der Export sei. (dpa)

ENERGIE-OEFFIZIENZ

Neue Messe in Freiburg

Ab Februar 2008 gibt es in Freiburg eine neue Messe rund um energieeffizientes Bauen und Sanieren von Gebäuden. „Die Gebäude.Energie.Technik (GET) – Freiburg Solar richtet sich gleichermaßen an sanierungswillige private und gewerbliche Bauherren sowie Fachleute aus dem Baugewerbe“, so Daniel Strowitzki von der Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH & Co. KG. Die erste GET findet vom 15. bis 17. Februar 2008 in der Messe Freiburg statt. Die Veranstalter rechnen mit 5000 Besuchern. (sk)

Der Stromversorger EnBW will die Erhöhungen zum 1. Januar vorerst nicht mitmachen

Stabile Preise in der Region

Hochspannung am Strommarkt: Die gestrige Ankündigung der Branchenriesen Eon und RWE, die Preise für Strom zum 1. Januar 2008 um fast 10 Prozent zu erhöhen, hat bundesweit für Aufsehen gesorgt. Während Branchenexperten davon ausgehen, dass bis zu 300 Versorger nachziehen, könnten die Strompreise für viele Verbraucher in Baden-Württemberg zumindest vorerst konstant bleiben.

VON MORITZ OEHL UND AFP

Konstanz – Die erfreuliche Nachricht: Der Stromriese EnBW will an der neuen Preisrunde zum Jahreswechsel nicht teilnehmen. „Wir planen keine Preiserhöhungen“, so Sprecher Hans-Jörg Groscurth gegenüber dem SÜDKURIER. Die Netto-Preisgarantie für die Grundversorgung – den am häufigsten gewählten Tarif – gelte noch bis März 2008. Auch in anderen Tarifen sei bisher „nichts geplant“.

Gegen den Trend agiert auch der Freiburger Stromversorger Badenova. „Wir werden unsere Preise zum 1. Januar nicht erhöhen“, so Sprecher Roland Weis. Galt das Energieunternehmen noch vor kurzem als zu teuer und stand in Ranglisten weit oben, wurde die Preispolitik inzwischen überdacht. „Unsere Kunden sollen stabile Strompreise zahlen, daher machen wir die hektischen Preissprünge nicht mit“, erzählt er. Wie lange die Kosten für Badenova-Strom gleich bleiben, kann Weis hingegen nicht sagen.

Ob die zahlreichen Stadtwerke im Land zum neuen Jahr die Strompreise erhöhen, ist hingegen schwer zu beantworten. Stabil bleiben die Preise auf jeden Fall in Villingen-Schwenningen. „Keiner unserer Tarife wird zum 1.1. teurer“, so Stadtwerke-Sprecherin Nadine Teufel. Auch in Friedrichshafen bleibt – vorerst – alles beim Alten. „Eine Preiserhöhung ist nicht geplant, aber wir müssen die weitere Preisentwicklung abwarten“, so Ulrich Längle, Bereichsleiter Markt der Technischen Werke Friedrichshafen.

Eventuelle Preiserhöhungen der großen Versorger haben nicht zwingend Auswirkungen auf die Preise kleinerer Stadtwerke: „Je kleiner Stadtwerke sind, umso mehr Möglichkeiten haben sie, auf kleine und günstige Strommengen auf dem Markt zuzugreifen“, erklärt Badenova-Sprecher Weis. Teure Weiterverkaufspreise der Stromgiganten müssten sie daher nicht zwingend akzeptieren.

Der Bund der Energieverbraucher kritisierte, den Konzernen gehe es ausschließlich um höhere Profite. Vorsitzender Aribert Peters forderte die betroffenen Kunden zum Boykott auf.

Mehr dazu im Internet: www.suedkurier.de/strompreise



Ein Stromstecker wird in Hamburg vor ein Plakat der Verbraucherzentrale gehalten. Nach Einschätzung des Branchenendienstes Verivox wollen auch mehrere hundert kleinere Versorger die Strompreise zum Jahreswechsel erhöhen. BILD: DPA

Fristen und Tarife beachten

So läuft der **Stromanbieter-Wechsel**



2 Können bestehende Fristen auch umgangen werden?

Erhöht ein Energieversorger seine Strom- oder auch Gaspreise um mehr als etwa 5 Prozent, kann der Vertrag fristlos aufgelöst werden. Dieses Sonderkündigungsrecht ist von der Rechtsprechung anerkannt, gibt aber immer wieder Anlass für Auseinandersetzungen. Verbraucher sollten deshalb damit rechnen, dass ihr Anbieter eine fristlose Kündigung nicht ohne Widerstand akzeptiert.

3 Was ist bei der Auswahl des neuen Anbieters zu beachten?

Hier zählt mehr als nur ein günstiger Tarif. Die Mindestlaufzeit des Vertrags sollte nicht mehr als zwölf Monate betragen. Vorkasse für eine bestimmte

Zeit zu leisten, bringt zwar oft einen günstigeren Tarif, kann aber bei einer Insolvenz des Anbieters den Verlust des Geldes bedeuten. Empfehlenswert ist es, sich auch beim bisherigen Anbieter nach einem günstigeren Tarif zu erkundigen. Und auch Anbieter von Öko-Strom haben unter Umständen lohnende Konditionen.

4 Wie läuft der Wechsel genau ab?

Wer sich für einen neuen Anbieter entschieden hat, muss ihm in der Regel nur eine Vollmacht erteilen. Dann unternimmt er alle nötigen Schritte, zum Beispiel auch die Kündigung des bisherigen Vertrags.

5 Und wie sieht es mit dem Wechsel des Gaslieferanten aus?

Findet der Verbraucher ein günstigeres Angebot, geht er genauso vor wie beim Strom: Er erteilt dem neuen Anbieter eine Vollmacht, und dieser wickelt den Wechsel ab – gegebenenfalls unter Einhaltung der bestehenden Fristen. Allerdings fehlt in den meisten Gemeinden beim Gasanbieter eine lohnenswerte Alternative. (dpa/tmn)

1 Ist ein Wechsel des Stromanbieters jederzeit möglich?

Verbraucher können den Vertrag beim bisherigen Anbieter zum Ende jedes Monats mit einmonatiger Frist kündigen, sofern sie ihren Strom von einem „Grundversorger“ bekommen. Das ist der Anbieter mit den meisten Kunden in der Region und in der Regel zugleich der Netzbetreiber. Wer dagegen schon einmal den Anbieter gewechselt hat, besitzt einen „Sondervertrag“. Für diesen bestehen in der Regel eine längere Kündigungsfrist und eine bestimmte Mindestlaufzeit, die es zu beachten gilt.

Unsicherheit als Leistungsanreiz?

Hartz IV ist das Ergebnis eines betriebswirtschaftlich verbildeten Menschenbildes – Wirksamer Schutz gegen Folgen der Arbeitslosigkeit notwendig

Die Diskussion um die Verlängerung des Arbeitslosengelds (AlgI) hat etwas Genspenstisches an sich. Wenn man den Vorschlägen des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck folgen würde, dann würde man die davon begünstigten älteren Arbeitslosen nicht mehr genügend fördern, dann würden sie sich nicht mehr ausreichend um einen Job kümmern, meinten gleich mehrere Befürworter der Agenda 2010. Mich irritiert der Geist und das Menschen- und Gesellschaftsbild hinter diesen Argumenten.

Ohne Zweifel wurde, als es Agenda 2010 und damit auch Hartz IV noch nicht gab, die Möglichkeit, sich arbeitslos zu melden und dann 24 Monate Arbeitslosengeld zu beziehen, auch missbraucht. Diesen Missbrauch, den es bei allen sozialen wie übrigens auch bei steuerlichen Regelungen gibt, zu bekämpfen, halte ich für legitim, ja sogar für eine selbstverständliche Pflicht. Aber muss man wegen der Missbräuche von einigen, meinetwegen von einer zunehmenden Zahl, gleich das ganze System ummodellieren? Muss man wegen der sozialen Abzockerei einiger auch jene bestrafen, die sich korrekt verhalten?

Die Modernisierer haben alle unter Generalverdacht gestellt und ihnen



Albrecht Müller war unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramts. Er arbeitet heute als freier Autor.

wegen des Missbrauchs einiger die soziale Sicherheit geraubt, die ihnen die bisherige Regelung der Arbeitslosenversicherung wenigstens einigermaßen verschafft hat. Sie konnten sich darauf verlassen, dass sie finanziell nicht gleich in Not geraten und Angespartes nicht auflösen müssen, wenn sie entlassen werden sollten. Sie hatten dann Zeit sich eine neue Arbeit zu suchen.

Dieses Stückchen soziale Sicherheit, das die frühere Arbeitslosenver-

sicherung bot, prägte auch das Verhalten der Arbeitnehmer. Sie konnten Zuminungen und Druck von Arbeitgeberseite gelassener widerstehen. Diese Wirkung von Hartz IV, die Verunsicherung der Arbeitnehmer – und nicht nur der Arbeitslosen – mit aller Konsequenz für Tarifverhandlungen und für das Alltagsleben in den Betrieben wird in der Debatte nahezu völlig übersehen.

Das ist nicht gut. Denn es geht dabei um eine wichtige gesellschaftspolitische Entscheidung, es geht um die dahinter steckenden Weltanschauungen und Menschenbilder. Haben wir als Gesellschaft ein Interesse an der Verunsicherung von Millionen von Menschen? Hartz IV hat schätzungsweise zwischen 20 und 30 Millionen Arbeitnehmern die Sicherheit genommen, bei Entlassung wenigstens finanziell nicht nach kurzer Frist bloßgestellt zu sein. War das nötig? Wird die Verunsicherung gar als Leistungsanreiz bewertet?

Die Selbstverständlichkeit, mit der man das Wort „Fordern“ in Konzeption und Debatte eingeführt hat, spricht dafür, dass die für die Agenda 2010 Verantwortlichen von der Mehrheit der arbeitslos gewordenen oder werdenden Menschen annehmen, sie würden

nicht aus eigenem Antrieb versuchen, wieder einen Job zu bekommen. Mit Hartz IV sind alle potentiellen Arbeitslosen – und das heißt in den heutigen Zeiten nahezu alle Arbeitnehmer – zu Objekten gemacht worden, die man „fordern“ müsse. Das Fordern beraubt sie gleich mal ihrer Würde als Subjekt selbstständiger Entscheidungen und selbstständigen Handelns. Man macht sie zu Ohnmächtigen. Die Mehrheit der Menschen hat es aber nicht nötig, von der Arbeitsagentur in die Suche nach Arbeit getrieben zu werden.

Die Plauer der Hartz IV-Regelungen haben offenbar ein sehr begrenztes, meist ein betriebswirtschaftlich verbildetes Welt- und Menschenbild. Und die Konsequenzen ihres Tuns für unsere Gesellschaft insgesamt und auch für unsere Wirtschaft haben sie nicht bedacht. Die von ihnen verbreitete Verunsicherung wird Folgen haben. Physische und psychische Erkrankungen werden zunehmen. Wer Objekt ist, wird auch nicht politisches Subjekt bleiben wollen. Die politische Beteiligung sinkt.

Verunsicherte Menschen sind ökonomisch nicht sonderlich produktiv. Das lehrt schon die einfache Lebenserfahrung. Wer Sorgen hat, schläft

Zinstipp
Festgeld Konditionen für 5.000 Euro
Zinsen für Laufzeit/Monate 12 Mon.
in Euro

Anbieter	6	12	in Euro
Credit Europe Bank*	4,00	4,75	237,50
Amsterdam Trade Bk.*	4,20	4,50	225,00
DB Stuttgart	3,40	4,50**	225,00
Daimler-Chrysler-Bank	4,20	4,40	220,00
1822 direkt	4,40	4,40	220,00
Debeka Bausparkasse	4,25	4,30	215,00
Bauverein Breisgau	4,25	4,25	212,50
Sparda-Bank BW	4,05	4,05	202,50
Postbank	3,60	4,00	200,00
Augsburger Aktienbank	4,00	4,00	200,00
Südwestbank	3,90	3,90	195,00
BB-Bank Konstanz	3,80	3,80	190,00
Schlechtester Anbieter	1,50	1,50	75,00

*Einlagensicherung bis 20.000 Euro/Person: 100%, 20.001 - 40.000 Euro: 90%
**nur für Neuanlagen

Faxabruf
1 Minute=1,24 Euro/3 Seiten **09001...**
Baugeld Banken 74 98 80 80 21
Ratenkredite 74 98 80 82 21
Tagesgeld 74 98 80 83 21
Sparbriefe 74 98 80 84 21
Festgeldanlage 74 98 80 85 21
Geldanlage-Offerten 74 98 80 86 21
Fonds-Übersichten 74 98 80 17 21
Quelle: Biallo & Team

Für alle SÜDKURIER-Abonnenten kostenlos zum Herunterladen unter: www.suedkurier.de/abovorteil-tipp

Lokführer drohen

Streiks ab Donnerstag?

Frankfurt/Berlin (AFP) Im S-Bahn- und Regionalverkehr drohen ab Donnerstag erneut Streiks. „Wenn die Bahn weiter auf Tarifverhandlungen pocht, schließen wir Streiks ab Donnerstag nicht mehr aus“, sagte der Vize-Vorsitzende der Lokführergewerkschaft GDL, Günther Kinscher, in Frankfurt. Die GDL hatte das neue Tarifangebot der Bahn als unzureichend abgewiesen. Die Bahn will dennoch sofort in Tarifverhandlungen einsteigen. Da dann Friedenspflicht bestünde, ist es, sich auch beim bisherigen Anbieter nach einem günstigeren Tarif zu erkundigen. Und auch Anbieter von Öko-Strom haben unter Umständen lohnende Konditionen.

Das neue Angebot der Bahn sei eine „Mogelpackung“, kritisierte die Gewerkschaft. Mit der Einmalzahlung von 1400 Euro würden lediglich bereits geleistete Überstunden bezahlt. Und für die zehnjährige Lohnerhöhung sollten die Lokführer zwei Stunden mehr arbeiten, monierte Kinscher. Zudem gewähre der angebotene Tarifvertrag der GDL keine völlige Autonomie, sondern sei an das Tarifwerk der beiden anderen Bahngewerkschaften Transnet und GDBA gebunden. Die Lokführer pochen jedoch auf einen separaten, unabhängigen Tarifvertrag. Die Bahn lehnt dies kategorisch ab. „Für uns war es ganz wichtig, dass es keine Spaltung der Belegschaft gibt“, sagte Bahn-Personalvorstand Margret Suckale. Es dürfe keine „Mitarbeiter erster und zweiter Klasse“ geben.